

Presseinformation

Nr. 141

Wiesbaden, 8. Juli 2013

Vorstellung der CO₂-Bilanz für das Jahr 2011

CO₂-Fußabdruck der Landesverwaltung seit 2008 um rund 45 Prozent reduziert

„Die Minderung der Kohlendioxid-Emissionen in der hessischen Landesverwaltung geht in großen Schritten voran“, erklärten Hessens Finanzminister Dr. Thomas Schäfer und Umweltministerin Lucia Puttrich heute anlässlich der Vorstellung der CO₂-Bilanz der hessischen Landesverwaltung für das Jahr 2011. Nach der Eröffnungsbilanz 2008 und den folgenden Berichten für die Jahre 2009 und 2010 sei dies die mittlerweile vierte Bilanz, die die Entwicklung der CO₂-Emissionen in der hessischen Landesverwaltung aufzeige, sagte Finanzminister Dr. Thomas Schäfer zum Auftakt der Pressekonferenz. Im Jahresvergleich sei der Kohlendioxid-Ausstoß noch einmal um rund 10 Prozent gesenkt worden. Die ausgewiesenen Zahlen seien als positive Fortsetzung der CO₂-Reduktion zu werten: „Vergleichen wir die heutigen Ergebnisse mit dem CO₂-Äquivalent von 2008, so konnten die Emissionen um insgesamt knapp 45 Prozent gesenkt werden“, erklärte Schäfer. Dies sei vor allem auf die Umstellung auf Öko-Strom zurückzuführen.

„Die Umstellung auf Strom aus erneuerbaren Ressourcen war der erste große Schritt hin zum Ziel einer klimaneutralen Landesverwaltung 2030“, betonte Umweltministerin Lucia Puttrich. Vor allem im Baubereich seien weitere Minderungsmaßnahmen erforderlich, damit der CO₂-Ausstoß auch zukünftig sinke. Die Ministerin hob hervor, dass die Strategie der Landesregierung hier auf zwei Säulen beruhe. Der Finanzminister erläuterte beide Komponenten: „Wir setzen dabei zum einen auf die energetische Sanierung des Gebäudestands der Landesverwaltung und zum anderen auf die Einführung einheitlicher Standards für die Energieeffizienz von Neubauten. Beginnend mit dem vergangenen Jahr haben wir im Haushaltsplan finanzielle Mittel in Höhe von rund 160 Mio. Euro für die energetische Gebäudesanierung eingeplant“. Ferner sei die Resonanz auf den zweiten hessischen Energiesparwettbewerb erneut sehr gut – die Mitarbeiter der hessischen Landesverwaltung

seien motiviert, ihr Bewusstsein für umweltfreundliches Handeln zu schärfen und den Energieverbrauch in den Liegenschaften zu senken, sagte Schäfer.

Umweltministerin Puttrich betonte, dass das Land bei der Energiewende seine Rolle als Vorreiter ernst nehme. „Wir handeln – mit dem CO₂-Minderungs- und Energieeffizienzprogramm unterstützen wir die energetische Sanierung der Bestandsgebäude der Landesverwaltung. Die Ergebnisse des Energiegipfels setzen wir um, indem wir darüber hinaus die hessischen Kommunen bei der Umsetzung der Klimaschutz-Aktionspläne und der Erstellung von CO₂-Bilanzen unterstützen“, so Puttrich. Als Beispiele nannte die Ministerin die Förderung der energetischen Modernisierung kommunaler Gebäude mit rund 40 Millionen Euro und die Unterstützung der Kommunen bei der Aufstellung von Modernisierungsfahrplänen für die energetische Sanierung kommunaler Liegenschaften. „Mit dem Projekt „100 Kommunen für den Klimaschutz“ nehmen wir mittlerweile 127 Hessische Kommunen mit und helfen bei der Erarbeitung von Klimaschutz-Aktionsplänen, bei der Erstellung einer CO₂-Bilanz und bei der Umsetzung von Maßnahmen“, so Puttrich. Mit verschiedenen Informations- und Akzeptanzinitiativen zum Thema Energiewende spreche das Land die hessischen Bürgerinnen und Bürger außerdem direkt an.

Die CO₂-Bilanz für **2011** schließt mit **264.624 Tonnen CO₂-Äquivalent** ab. Wie in allen bisherigen Bilanzen ist hier ein Zuschlag von fünf Prozent enthalten, der mögliche Unsicherheiten in der Datenerhebung berücksichtigt. Den größten Anteil von rund 80 Prozent macht dabei die Energieversorgung der Gebäude aus. Mit etwa 20 Prozent schlagen die Emissionen für den Bereich Mobilität zu Buche. Auch für 2011 ist die CO₂-Bilanz wieder von der TÜV Nord CERT GmbH erfolgreich zertifiziert worden. Der TÜV hat damit bestätigt, dass die Daten vollständig und richtig erhoben wurden sowie der gängigen Bewertungsnorm entsprechen.

Vergleicht man die vorliegenden Ergebnisse mit der Eröffnungsbilanz des Jahres 2008, bei der insgesamt 476.223 Tonnen CO₂-Äquivalent berechnet worden sind, so konnte eine Gesamtminderung von 2008 bis 2011 um rund 45 Prozent erzielt werden. Die Umstellung der Versorgung des Landes Hessen auf 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energien trägt dazu maßgeblich bei.

Die erste Bilanzierung der CO₂-Emissionen für 2008 war ein Meilenstein auf dem Weg zur CO₂-neutralen Landesverwaltung. „Mit der regelmäßigen Veröffentlichung überprüfbarer Kennzahlen sorgen wir für größtmögliche Transparenz. Somit können die Bürgerinnen und Bürger die Mengen und Quellen der Kohlendioxid-Emissionen der Hessischen Landesverwaltung als ihrem Dienstleister nachvollziehen“, betonte Finanzminister Schäfer. Die größten Emissionsquellen seien der Energieverbrauch für den Betrieb der ca. 2000 Gebäude und EDV-Anlagen, der Kraftstoffverbrauch der Fahrzeugflotte (Polizeifahrzeuge und andere Dienstwagen) sowie Dienstreisen mit anderen Beförderungsmitteln (Flugzeug, Bahn).

„Die CO₂-Bilanz dient uns als wichtiger Kompass, um weitere Schritte zur CO₂-Reduktion zu planen, aber auch die Erfolge unserer bisherigen Maßnahmen zu dokumentieren und einzuordnen. Insgesamt lässt sich erfreulicherweise festhalten, dass unsere Bemühungen bereits jetzt Früchte tragen – das spornt uns natürlich an, die Energiewende weiterhin engagiert voranzutreiben“, sagten Finanzminister Schäfer und Umweltministerin Puttrich abschließend.

Hintergrund:

Seit 2008 verfolgt das Land Hessen die Nachhaltigkeitsstrategie „Hessen nachhaltig“. Zurzeit werden 11 Projekte zum Klimaschutz und zur Steigerung der Energieeffizienz umgesetzt, die sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten den drei Säulen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft – widmen. Das Hessische Ministerium der Finanzen hat unter anderem die Federführung für das Projekt „CO₂-neutrale Landesverwaltung“. Es verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2030 die CO₂-Emissionen der Hessischen Landesverwaltung durch Minderungs- und Substitutionsmaßnahmen in den Bereichen Gebäude, Beschaffung und Mobilität so weit wie möglich zu reduzieren. Unvermeidbare Emissionen sollen durch Klimaschutzprojekte kompensiert werden, so dass die Verwaltung spätestens ab 2030 klimaneutral arbeiten kann.

* * *